



Frauen - aktiv für ländliche Regionen

Frauen - aktiv für ländliche Regionen
Anmeldung zum 8. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung läuft
Eine gute Entwicklung der ländlichen Regionen ist in starkem Maße davon abhängig, dass sich viele Menschen in den Regionen einbringen. Ganz besonders wird die zukünftige ländliche Perspektive von der Initiative und der Einbindung engagierter Frauen geprägt. Deshalb stehen die Frauen auch im Mittelpunkt des 8. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung, das am 21. und 22. Januar 2015 im Rahmen der Internationalen Grünen Woche stattfindet. Das diesjährige Thema der vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft initiierten Veranstaltung im CityCube der Messe Berlin lautet "Frauen - aktiv für ländliche Regionen". Nach der Eröffnung durch Bundesminister Christian Schmidt tragen unter anderem die Präsidentin des Verbands deutscher Unternehmerinnen, Stephanie Bschorr, und die Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands, Brigitte Scherb, mit Impulsen zur Diskussion bei. Kernstück des Zukunftsforums sind auch in diesem Jahr die geplanten Begleitveranstaltungen. Zu 21 unterschiedlichen Themen werden engagierte Personengruppen präsentiert, neue Wege der Daseinsvorsorge diskutieren und verschiedene Projekte und erfolgreiche Praxisbeispiele vorgestellt. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung diskutiert die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeslandwirtschaftsminister, Dr. Maria Flachsbarth, mit vier Damen aus dem ländlichen Raum über den ländlichen Raum. Das Zukunftsforum ist eng in die Internationale Grüne Woche eingebettet und vor allem mit der Halle 4.2 verzahnt, die sich mit der Gemeinschaftsschau "Lust aufs Land - gemeinsam für die ländlichen Räume" präsentiert und die Vielfalt der ländlichen Regionen, ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort sowie ihre Leistungen für die Gesellschaft darstellt. Dort werden Elemente eines typischen Dorfbildes mit Marktplatz, Kirche, Gasthaus, Dorfladen und Landwirtschaft zu sehen sein. Verschiedene Möglichkeiten der Daseinsvorsorge und des bürgerschaftlichen Engagements aus der Praxis und aus Modellversuchen sind dargestellt. Die angeregte Diskussion mit den Besuchern steht hier auch bei den einzelnen Ausstellern und Standbetreibern im Mittelpunkt. Interessierte Akteure aus dem ländlichen Raum haben bis 10. Januar 2015 die Möglichkeit, sich für das Zukunftsforum anzumelden. Das geplante Programm sowie weitere Informationen zu den einzelnen Begleitveranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zukunftforum-laendliche-entwicklung.de. Hinweis für Medienvertreter
Vertreter der Medien sind herzlich eingeladen, am 8. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung teilzunehmen. Um den Zugang vor Ort zu vereinfachen, bitten wir Sie, sich vorab bei der Pressestelle des BMEL anzumelden unter www.bmel.de/online-akkreditierung. Bitte beachten Sie auch, dass das Zukunftsforum in die Internationale Grüne Woche eingebettet ist und stellen Sie sich darauf ein, vor Ort auf Anfrage Ihren Presseausweis vorzuzeigen. Generell ist der Zutritt zu den Presseterminen auf dem Messegelände Berlin im Rahmen der Internationalen Grünen Woche nur mit einer entsprechenden IGW-Pressesakkreditierung möglich. Bitte wenden Sie sich hierfür an das Pressezentrum der Grünen Woche (<http://www.gruenewoche.de/Presse/Akkreditierung/>).
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: +49 22899 529-0
Telefax: +49 22899 529-3179
Mail: poststelle@bmel.bund.de
URL: <http://www.bmel.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.